

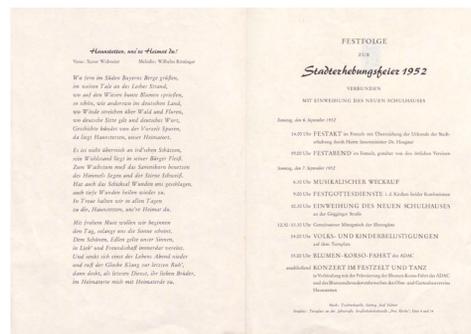
der Stadt Augsburg berührt. Nach ersten Überlegungen (1897, 1906) bot die Eingemeindungsfrage nach den frühen Zusammenschlüssen Augsburgs mit anderen Vororten besonders seit 1912 Anlass für lebhaftes Diskussionen in der Haunstetter Gemeinde. Eine erste „Fühlungsnahme“ des Augsburger (Ober-)Bürgermeisters Kaspar Deutschenbaur mit dem Haunstetter Bürgermeister Xaver Widmeier in dieser Sache stieß 1922 jedoch bei Bevölkerung wie im Gemeindeausschuss auf Ablehnung. Trotz diverser verkehrs- und versorgungswirtschaftlicher Verbindungen der beiden Städte sah man die Zeit für eine Eingemeindung noch nicht gekommen.

Ab 1935 zeichnete sich eine Wende in dieser Frage ab. Augsburgs Bürgermeister Josef Mayr forcierte einen derartigen Schritt durch ein Gutachten (30.01.1935) und eine Denkschrift (Mai 1938), die die Eingliederung Haunstettens zusammen mit neun anderen Vororten als zweckmäßig erachteten, da die Orte in baulicher, wirtschaftlicher und versorgungstechnischer Beziehung stark zusammengewachsen waren. Die am südlichen Stadtrand Augsburgs gelegenen Fabrikanlagen, Flugzeugwerke sowie die 1928 neu errichtete Karl-Wahl-Siedlung boten hierbei Argumente für die Arrondierung des Stadtgebiets. Trotz Unterstützung durch die Regierung von Schwaben und Neuburg scheiterte das Vorhaben am negativen Bescheid des Reichsinnenministeriums, das den ursprünglich für den 01.10.1939 avisierten Eingliederungstermin ablehnte. Als Grund kam der nationalsozialistische Gedanke des Schutzes „vor unnötiger Verstärkung des ländlichen und gemischtwirtschaftlichen Randgebietes der Städte“ zum Tragen. Auch die ablehnende Haltung des Gauleiters und Regierungspräsidenten Karl Wahl, der den Zeitpunkt hierfür als verfrüht einschätzte, trug seinen Teil dazu bei. Der Kriegsbeginn am 1.9.1939 setzte weiteren Überlegungen vorerst ein Ende. Die Nachkriegszeit brachte in dieser Angelegenheit neue Impulse. Einstimmig beschloss am 17.09.1947 der Augsburger Stadtrat den Vollzug der Eingemeindung jener Vororte, bei denen die Umsetzung 1939 unterblieben war. Haunstetten, das in den harten Jahren bis zur Währungsreform mit der Beseitigung von Kriegsschäden, Wohnraumbeschaffung und der Aufnahme von Heimatvertriebenen stark gefordert war, kam den Aufforderungen nicht nach. Weder Bürgermeister Josef Schorer von Haunstetten noch sein Gögginger Kollege samt Gemeinderat folgten der Einladung Augsburgs zur Erörterung dieses Themas, das auch seitens der staatlichen Regierung als nicht zeitgemäß beurteilt wurde.

Stattdessen nahm die kommunale Entwicklung Haunstettens ab 1951 eine andere Richtung. Auf Antrag der Fraktion „Parteilos“ unter dem späteren Bürgermeister Karl Rieger und nachfolgender Beratungen und Bürgerversammlungen stellte der Gemeinderat den Antrag auf eine Markt- bzw. Stadterhebung Haunstettens (Anträge vom 20.02. und 29.10.1951). Eine von Bürgermeister Xaver Widmeier vorgelegte Dokumentation stellte das ungewöhnlich rasche Wachstum der Gemeinde unter Beweis. Nach positiver Bewertung durch die Beauftragten



der Kommunalabteilung des Innenministeriums konnte die Verleihung der Bezeichnung „Stadt“, eines Wappens und einer Gemeindefahne bereits am 06.09.1952 in Anwesenheit von Innenminister Dr. Wilhelm Hoegner vollzogen werden.



oben und unten: Städtebauliche Leistungen im Bereich der Bildung, Kranken- und Altersfürsorge oder der Naherholung – beispielhaft hierfür die Inbetriebnahme des städtischen Krankenhauses (25.4.1968), der Fröbel-Schule (6.9.1952) und des Naturfreibads (3.7.1960)



Die markante politische Entwicklung war nachvollziehbar und erfolgte nicht unbegründet. In den Nachkriegsjahren war die Einwohnerzahl von ca. 5.000 (1939) auf ca. 10.000 (1952) angewachsen. Die Ansiedelung von Wirtschaftsbetrieben und die Schaffung von Wohnraum lieferten dabei den entscheidenden Motor zur Entwicklung eines aufstrebenden, modernen Gemeinwesens. Dies spiegelte sich auch in der Fülle von Bauprojekten an öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen wider, die die junge Stadt Haunstetten noch bis zur Eingemeindung auf den Weg brachte. Die Einweihung und Erweiterung der Fröbel-Schule (1952/68) und Pestalozzi-Schule (heute Albert-Einstein-Schule, 1958/70), der Pfarrkirche St. Albert (1954) und der Expositur St. Pius (1961), der Bezug des neuen Rathauses (1955), die Fertigstellung des städtischen Altenheims (1964), des Krankenhauses, Bauhofs und Sportstadions (1968/69) sowie des Naturfreibads (1960) und Kunsteisstadions (1970/71) sind unter anderem als Bilanz fortschrittlicher und erfolgreicher Kommunalpolitik zu werten.

Haunstetten wird Augsburg

Haunstettens Eingemeindung im Zuge der Kreisgebietsreform 1972 entsprach in dieser Situation weder dem erreichten kommunalen Status noch dem ursprünglichen Willen der fachlich und politisch-administrativ Verantwortlichen. Der bisherige Weg lag in Unabhängigkeit von Vorort-Gemeinden und Vorstädten, die die mit dem Wiederaufbau beschäftigten Großstädte entlasten sollten. Noch bis Ende der 1960er Jahre folgten die weiteren Stadterhebungen im Umkreis Augsburgs diesem eindeutigen Trend.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Alfons Goppel und des Augsburger Landrats Dr. Fritz Wiesental zu den anstehenden Reformen trafen Anfang Januar 1971 daher auf absolutes Unverständnis bei der Haunstetter Bevölkerung. Energische Versuche, durch verschiedene Aktionen den Verlust der Selbstständigkeit und



Eine Luftaufnahme des Jahres 1972 führt das Größenwachstum der Stadt Haunstetten in den Nachkriegsjahren deutlich vor Augen



Festveranstaltung zur Stadterhebung Haunstettens am 6. September 1952. Neben der Überreichung der Stadternennungsurkunde durch Innenminister Dr. Wilhelm Hoegner an Bürgermeister Xaver Widmeier gehörte auch das neue Stadtwappen und die Amtskette zu den Hoheitszeichen der neuen kommunalen Selbstverwaltung Haunstettens